

Geöffnet täglich  
früh 6<sup>1/2</sup> Uhr.

Reaktion und Expedition  
Gebührenlos 38.  
Abrechnungen der Reaktion:  
Vormittag 10—12 Uhr.  
Nachmittag 4—6 Uhr.  
Zur Wiedergabe eingesandte Manu-  
skripte werden für die Reaktion nicht  
berücksichtigt.

Abnahme der für die nächst-  
folgende Nummer bestimmten  
Werke an Montagen bis  
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-  
und Feiertagen früh bis 9 Uhr.  
In den Filialen für Auf Anfrage:  
Otto Klein, Universitätsstr. 22,  
Konsul Böckle, Katharinenstr. 18, p.  
nur bis 1/2 Uhr.

October tu 8 ver  
48<sup>1/4</sup> Br.  
April: Post  
Sof. —  
Loc. 8.20  
per Ro-  
mischer  
45 Pf.  
e. rubis.  
Post halb  
Reit.  
0 Wallen  
um rubis.  
der St.  
Dauan.  
ver 51.00.  
per April.  
Termina-  
er Post.  
t Herib.  
8.80 Pf.  
Weisen-  
igen rec-  
angeboten  
er Octo-  
ber 1818.  
1800  
2000 Gouvern. — Octau und Halbfolio —

Die entsprechenden, äußerlich als solche erkennbar zu machenden Offerten werden nebst den bezüglichen Proben bis zum 15. d. J. inkl. während der Dienststunden in dem Geschäftsbüro des Reichsgerichts, Zimmer Nr. 16, entgegen genommen, woselbst auch die Lieferungsbedingungen eingesehen werden können.

Die Gerichtsschreiberei des Reichsgerichts.

Bom 15. October d. J. ab findet bei den Güterträgern der Linie Gatschütz-Plagwitz Personenbeförderung in II. und III. Wagenklasse statt. Den Fahrplan der Bahn enthält das allgemeine, soeben veröffentlichte Fahrplanplacat, die Fahrtroute der gleichzeitig ausgetragene Nachtrag II zum Localpersonentarife.

Dresden, am 15. October 1879.

Königliche Generaldirektion der sächsischen Staatsseisenbahnen,  
von Thüring.

### Bekanntmachung.

Der zweite Termin der Räthlichen Einkommensteuer ist

am 15. October dieses Jahres

mit dem 4. Joden Steuerjahr fällig und werden die bislang Beitragspflichtigen aufgefordert, ihre Steuerbeiträge spätestens binnen 14 Tagen von dem Termin ab an die Stadt Steuer-Einnahme, Brühl 51, Blauer Harnisch, 2 Stock, abzuführen, da nach Ablauf dieser Frist die geleglichen Maßregeln gegen die Schuldigen eintreten müssen.

Leipzig, den 8. October 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi. Laube.

### Fürst Bismarck als Sieger.

Die Würfel sind gefallen und die Rechte des preußischen Abgeordnetenhauses hat einen weit über die gehofften Erwartungen hinausgehenden Sieg davon getragen. Ein charakteristisches Zeichen für die Unschärfe der Lage bietet der Umstand dar, daß die Überprüfung über den Auffall der Wahlen auf allen Seiten, bei den Siegern wie bei den Verlierern, ja selbst bei der Regierung gleich groß ist. Das gewonnene Resultat wird, darüber kann kein Zweifel bestehen, in erster Linie den Reichstanzler befriedigen, der nun zur weiteren Ausführung seiner Pläne schreiten kann. Das allgemeine Urteil hat sich jetzt wohl dahin gefügt, daß der Auffall der Wahlen als ein entscheidender Sieg ausgelegt wird, den Fürst Bismarck sowohl über den Liberalismus als auch über die Utrömantischen davongetragen hat. Herr Windthorsts Reden soll — wenn wir recht berichtet sind — seine Macht erst gewesen sein, als er vor dem überraschend starken Wachstum der conservativen Partei gehörte, zu dem seine Anhänger in vielen Wahlbezirken recht fröhlig beigebracht haben. Weniger wäre für ihn und seine Partei besser gewesen. Denn je schwächer die conservativen Partei wäre — immer vorausgelegt, daß sie wenigstens so viel gewonnen, um den Liberalen die bisherige Mehrheit zu entreißen — um so dringender wäre Fürst Bismarck auf die Höhe des Centrums angewiesen gewesen. Jetzt gesteht selbst das Berliner Zeitungsbüro, die "Germania", welche in den ersten Tagen nach dem Bekanntwerden der Wahlen ihre Partei als die ausschlaggebende feierte, widerwillig zu, daß Fürst Bismarck, auch ohne den Beifall des Centrums in Anspruch zu nehmen, für seine politischen Zwecke, Verstaatlichung der Eisenbahnen, Einführung längerer Legislaturperioden etc., in dem neuen Abgeordnetenhaus eine Majorität gewinnen könnte. Er braucht höchstens 40 Rationalliberale in diesen Fragen auf die regierungsfreundliche Seite hinüberzuziehen, und wer den Wahlkampf und die Auseinandersetzungen vieler "liberaler" Kandidaten in demselben aufmerksam verfolgt hat, muß allerdings zugeben, daß das nicht ganz unmöglich wäre. Es wird hier durch freilich nicht ausgeschlossen, daß dieselben "liberalen" Abgeordneten, welche bei der Verstaatlichung der Bahnen und der Verlängerung der Legislaturperioden mit der Regierung zusammengehen, ihr in andern Punkten die entschiedenste Opposition machen werden, aber es wird sich dann wieder nur Fragen handeln, in denen das Centrum noch verhandeln kann. So ist dem Fürsten Bismarck stets eine Majorität gesichert, und wenn es wahr ist, daß er den ganzen Winter hindurch nicht nach Berlin zurückkehren will, so wird ihm gewiß keine Unmöglichkeit bestehen, die Abgeordnetenhaus diese Absicht durchzusetzen.

Son einer Seecess des Centrums kann füglich nicht die Rede sein, wenn auch das Jürgen zu Gunsten der Pläne des Fürsten Bismarck von dieser Seite ziemlich verlusthaft bei den Abstimmungen verhandelt wurde. Es handelt sich für die ultramontane Fraktion nur darum, ihre Zustimmung möglichst thener zu verlassen. In diesem Sinne sagt auch die "Weserzeitung" die Lage auf, indem sie schreibt: "Nach dem Auffall der preußischen Landtagswochen ist die bisherige Spannung, wie

### Politische Übersicht.

Leipzig, 18. October.

Eine in hohem Grade belangswerte Veränderung der Leidenschaftlichkeit, welche das politische Parteidreieck in Bewegung setzt, wird von evangelisch-orthodoxer Seite angestrebt. Anstatt der Geist der Toleranz und Verhöhnung wollen zu lassen, verklären es die Diener am Worte nicht, auf die Rednertribüne zu steigen und gegen Andersgläubige weißlich zu gehen. Allen voran der lutherische Hörprediger Stöcker zu Berlin, ein Mann, der dem "Semitentum" auf eigene Faust den Krieg erklärt hat. Über die Tätigkeit dieses Herrn wird und aus Berlin vom Sonntag geschrieben: "Der Abg. Stöcker führt in entlegenen Vorstadtneippen den Culturkampf gegen die Juden fort. Die heutigen Morgenblätter enthalten wieder einen Bericht mit jenen tumultuarischen Manifestationen der Judentheorie, die unter dem Vorsteher des gebrochenen Hörpredigers und unter dem Schutz der Polizei fortwachsen. Wie wir hören, ist seitens der bisherigen

Woch. Auflage 16,200.

Monatsausgabe vierfach 45,20.  
incl. Bringerlohn 5 Pf.  
durch die Post bezogen 6 Pf.  
Jede einzelne Nummer 25 Pf.  
Belegexemplar 10 Pf.  
Gebühren für Extrabedrängen  
ohne Postbeförderung 39 Pf.  
mit Postbeförderung 48 Pf.

Insetrate 5 pf. Petitsize 20 Pf.  
Größere Schriften laut außerer  
Preisverzeichniß. — Tabellarische  
Tage nach höherem Tarif.

Reklame unter dem Redaktionsschrift  
die Spalte 40 Pf.  
Unterseite sind fests an d. Redaktion  
zu senden. — Rabatt wird nicht  
gegeben. Abfaltung pränumerando  
oder durch Postvorhang.

Nº 287. Dienstag den 14. October 1879.

73. Jahrgang.

### Bekanntmachung.

An dem Neuen Stadttheater hierfür soll ein freitretendes Auditorium von Ehrenconstruction erbaut und die Herstellung desselben an einen Unternehmer in Accord verabredungen werden.

Die Bedingungen und Rechnungen für diese Arbeiten liegen in unserem Bauamt, Rathaus,

Zimmer Nr. 18, 2. Etage aus und können dasselbst eingesehen resp. entnommen werden.

Beständige Offerten sind vertheilt und mit der Aufschrift

Viffair am Stadttheater betreffend

verschoben ebendahin und vor

bis zum 20. October d. J. Nachmittags 5 Uhr

eingureichen.

Leipzig, den 10. October 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi. Wangemann.

### Versteigerung auf den Abbruch.

Gämmliche Baulichkeiten in den der Stadtgemeinde gehörigen Grundstücken:

1) Hanßäder Steinweg Nr. 75 (früher Raumann'sches Grundstück) und Nr. 76 (vormaliges Predigerwohnhaus der Jakobikirche)

2) Hanßäder Steinweg Nr. 78 (altes Militärhospital) und Nr. 79 (ehemaliges Luchmachers-

höhlen in obigen zwei Abtheilungen

Dienstag, den 21. d. M. Vormittags 11 Uhr

im großen Saale der Alten Wache, Rathausstraße Nr. 29, 2. Stockwerk auf den Abbruch ver-

steigert werden.

Die Versteigerungsbedingungen, in welchen die zu versteigern Baulichkeiten speziell aufgeführt sind,

liegen in unserem Bauamt (Rathaus, 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 1) zur Einsichtnahme aus, auch werden

die Gebäude Montag, den 20. d. M. Vormittags von 10—12 Uhr und Nachmittags von 2—4 Uhr

zur Besichtigung geöffnet sein.

Leipzig, den 10. October 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Georgi. Gerutti.

### Bekanntmachung.

Die Beitragspflichtigen unserer Gemeinde, welche mit ihrer diejährige Steuer noch im Rückstande sind, werden hierdurch an Entrichtung derselben erinnert.

Der Vorstand der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig.

Indenschaft die Absicht fundgegeben worden, Volksversammlungen zu veranstalten, in welchen ihnen und den freisinnigen Parteien Gelegenheit geboten würde, der Süßdorff'schen Demagogie entgegen zu wirken. Aber den Gegnern der Christlich-Socialen wurde bedient, daß ihre Agitation nicht auf den Schatz der Sicherheitsbehörde zu rechnen hätte und ihnen entweder die Genehmigung zur Abhaltung der Volksversammlung verweigert oder diese aufgelöst würde. Ein anderer Vorschlag verlangt, daß Petitionen an das Abgeordnetenhaus gerichtet werden sollen, um den Liberalen Gelegenheit zu geben, den sozialistischen und konfessionellen Kreis zu zerstören. Jedenfalls wird das gefrigt agitatorische Vorgehen des Hörpredigers Stöcker schärfere Streitkämpfer an die Politik der Conservativen; denn Herr Stöcker will die Macht des Kapitals durch den Anlauf von Privatbahnen, die Börsensteuer u. schmälen und fordert seine Getreuen auf, die schlechten Zeitungen abzuschaffen, dafür "Reichsbote", "Kreiszeitung" und "Post" zu halten. Ein Redakteur der Kreiszeitung brachte ihm dafür ein donnerndes Hoch aus. Von parlamentarischer Seite wird jedoch der Meinung Ausdruck gegeben, daß man nur die lösliche Seite der Stöcker'schen Hetzerie in Betracht ziehen dürfe, weil das Herz einer Wahlergebnis den Beweis geliefert, wie die soziale Stellung vor derzeit Abstrebungen gewahrt sein sollen.

Aus Berliner Regierungskreisen wird uns wie folgt berichtet: Augenblicklich ist auf dem Gebiete der höheren Politik eine Ruhpause eingetreten; außer Fürst Bismarck hat auch sein Stellvertreter Graf Otto zu Stolberg-Wernigerode, Berlin verlassen und sich nach Wernigerode begeben. Sein Aufenthalt derselbst wird sich nur auf einige Tage ausdehnen und hat, wie verlautet, hauptsächlich den Zweck, die Ueberredung der gräßlichen Familie nach Berlin für den Winter zu bewerkstelligen. Aus dem Umstande, daß sowohl der Reichskanzler als Graf Stolberg ihre Abreise von hier mehrmals verschoben hatten, und daß zwischen den Staatsmännern bis zum letzten Tage mehrmalige Conferenzen stattfanden, war der Schluss geogen, daß noch Beratungen über die Gesetze erneut stattfinden werden. Es stellt sich jedoch jetzt heraus, daß dies nicht der Fall war. Es hat sich um Fragen gehandelt, welche im schriftlichen Berichte viele Umstände und Beiläufiges verarbeitet hätten, durch mündliche Vereinbarung aber sich besser und rascher abmachen ließen. — Es erhält sich das Gericht, daß der Justizminister wegen seines leidenden Zustandes demnächst aus dem Amt scheiden wird. Herr Leonhardt kann jetzt auch willlich mit gutem Gewissen abgehen, denn die Justizorganisation ist durchgeführt. Der spätere Ruhpau derselben wird für immer mit seinem Namen verknüpft sein. Als Nachfolger wird noch immer Herr v. Schelling bezeichnet, ob zur Freude des preußischen Richterlands, lassen wir dahingestellt. — Wieder einmal wird behauptet, daß Herr v. Radowicz den Gesandtenposten in Athen anzugeben werde, da er hier im Auswärtigen Amt gewissermaßen eine dauernde Stellung gefunden. Das war aber vor Jahren ebenso. Im Reichstage wird sich Gelegenheit finden, Nachfrage zu halten, wofür eigentlich das hohe Gesandtengehalt gezahlt wird.

Die Wiener Zusammenkunft hat bereits greifbare Resultate aufzuweisen. Zwischen dem Deutschen Reich und Österreich-Ungarn schweren Verhandlungen, welche den Abschluß eines Vertrages wegen Regelung der gegenwärtig zu gewährenden Rechtschäfte in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten zum Gegenstand haben. Nachdem diese Verhandlungen bisher schriftlich geführt worden sind — so wird offiziell gemeldet — ist man jetzt übereingekommen, den Vertrag zu machen, ob durch commissarische Beratungen von Vertretern der beiderseitigen Justizverwaltung